



## Wir sind angekommen

**Der Umzug ins neue Sekretariat ist geschafft. Es war kein leichtes Unterfangen. Doch am Ende sind wir angekommen und das Wiedererscheinen der PdAZeit ist irgendwie der Beweis dafür. Das Parteilieben blieb jedoch nicht stehen, wie die erfolgreiche Kampagne zur Rettung des See-Spitals in Kilchberg zeigt.**



Die PdAZeit ist endlich zurück! Vieles ist vergangen seit der letzten Ausgabe. Bereits gegen Ende 2021 waren wir voll in den Vorbereitungen für unseren Umzug an die Dienerstrasse 16. Keine einfache Sache, mussten wir uns mit einem wichtigen Stück Parteigeschichte befassen. Die Rotwandstrasse war schliesslich über 40 Jahre lang unser Zuhause. In diesen Jahrzehnten hat sich so einiges angesammelt. Wichtiges und nicht mehr ganz so Relevantes. Wir konnten das alte Seki nicht einfach räumen, denn der Bedeutung einiger Sammelstücke waren wir uns bewusst. Trotzdem entsorgten wir schlussendlich über eine Tonne Material.

### **Petition eingereicht**

Und dies in einem Zeitraum, in dem wir mit unserer Arbeit eigentlich bereits genügend ausgelastet gewesen wären. So fiel diese Phase, in der wir uns im permanenten Umzugsstress befanden, überpünktlich mit den Gemeinderatswahlen zusammen. Dies hielt uns

nicht auf. Allerdings zogen sich die letzten Einrichtungsarbeiten im neuen Seki bis in diesen Herbst hinein.

Es war kein einfaches Unterfangen. Denn als Partei konnten wir uns keine Auszeit gönnen, in welcher wir alles stehen und liegen liessen. Die Welt steht nicht still. Zudem starteten wir im Frühling gleich in die nächste Kampagne mit der Petition «See-Spital Kilchberg retten!». Wir wollten nicht, dass ein weiteres Spital widerstandlos dichtgemacht wird. Diese Petition reichten wir nun am 14. September 2022 erfolgreich ein. Wir sammelten deutlich mehr Unterschriften, als wir uns ursprünglich als Minimalziel vorgenommen hatten. So gelang es uns fast 1300 Unterschriften bei der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich einzureichen. Durchaus ein Erfolg für unsere Partei!

### **Am Ende klappte alles**

Eine weitere Herausforderung gab es in Form des diesjährigen 1. Mai-Fests.

Die Organisation war für das 1. Mai-Komitee eine aufwendige Aufgabe. Durch die Pandemie war die Vorbereitungszeit sehr kurz und der Vorstand konnte den Anlass auf dem Kasernenareal kaum vorbereiten. Wie bekannt, klappte es zum Schluss doch noch. Allerdings in einem deutlich kleineren Rahmen als gewohnt.

### **Chancen und Herausforderungen**

Wie ihr seht, liebe Genoss:innen, wir bleiben dran. Das erkennt man, auch wenn man den Blick ein wenig nach vorne richtet. Denn das Jahr 2023 wird wieder ein Wahljahr sein und somit eine weitere Gelegenheit unser Programm bekannter zu machen. Eine Chance und Herausforderung, die uns eines garantiert: Die Arbeit geht uns in allzu naher Zukunft sicher nicht aus.

HARALD LUKES  
POLITISCHER SEKRETÄR

# See-Spital Kilchberg retten!

**Mit einer Petition versucht die PdA Zürich, das regionale Spital Kilchberg vor der Schliessung zu bewahren. Die Menschen im Kreis 2, in Adliswil und Kilchberg reagierten sehr positiv auf unser Engagement und haben gerne unterschrieben. Mitte September haben wir die Petition mit 1284 Unterschriften eingereicht.**

Das See-Spital Kilchberg, ein Spital mit über 120-jähriger Geschichte, in dem Tausende Menschen auf die Welt gekommen sind und viele Tausende mehr gesund wurden, das einzige Zürcher Belegarzspital, in dem sich Allgemeinversicherte behandeln lassen können, soll geschlossen werden. 200 Pfleger:innen, Reiniger:innen und Küchenpersonal stehen ohne Job da, und ungefähr ebenso viele Ärzte und Ärztinnen verlieren ihr Spital und werden auf Privatkliniken ausweichen müssen, um Behandlungen durchzuführen. 80 Betten fallen komplett weg. Auch die regionale Rettungsdienstversorgung wird durch die Schliessung verschlechtert.

## Gesundheit vor Profit!

Im April 2022 hat die PdA Zürich eine Petition lanciert, um nicht tatenlos zuzusehen, wie ein weiteres regionales Spital schliessen muss. Das laut Ärzteschaft «beste Spital im Kanton» wird hier dem Profit geopfert. Die Schliessung des See-Spitals Kilchberg reiht sich ein in die lange Geschichte von Spitalschliessungen im Kanton Zürich. Der Bezirk Horgen zählte vor der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes sechs Spitäler, bald wird es nur noch eines sein. Der Kahlschlag und die Misswirtschaft der Bürgerlichen führen zunehmend zu Privatisierungen und zur Zwei-Klassen-Medizin. Mit den Spitallisten als Druckmittel zwingt der Kanton die Spitäler zum Sparen und Kürzen, bis sie ausbluten und schliessen müssen. Wir leben mittlerweile in einem System, in dem nicht die Medizin, sondern die Wirtschaft über unsere Gesundheit entscheidet. Die Leidtragenden sind die Bevölkerung und das Gesundheitspersonal.

Die Petition der PdA Zürich fordert die Gesundheitsdirektion und den Kantonsrat direkt auf, einzugreifen und das See-Spital Kilchberg zu retten. Der Kanton hat dem Gesetz nach die Möglichkeit, einem bedrohten Spital mit Subventionen bis 100 Prozent unter

die Arme zu greifen oder sich an der Trägerschaft direkt zu beteiligen. Er könnte sogar das Spital enteignen und selber betreiben! Der Kanton hat also verschiedene Mittel, um das Spital zu retten, und er trägt die volle Verantwortung für diese und jede weitere Spitalschliessung.

## Gesundheit ist wichtiger als Profit

Viele Menschen in der Region, im Stadtzürcher Kreis 2, in Adliswil und Kilchberg kennen das Spital: Sie sind dort geboren, haben ihre Kinder im ehemaligen «Sanitas» zur Welt gebracht oder konnten dort operiert werden, wie uns die Leute bei der Unterschriftensammlung erzählt haben. Sie haben dort gearbeitet oder wohnen in der zugehörigen Liegenschaft. Die Reaktionen der Bevölkerung sind daher in der übergrossen Mehrheit positiv auf die Petition, das Interesse ist gross und die Leute unterschreiben gerne. Oftmals war ihnen nicht bewusst, dass das Spital überhaupt schliessen wird. Andere haben wir darüber informieren können, dass sich das Spital retten lässt, wenn der Kanton nur will. Dass die Kantonsregierung über die rechtlichen Mittel verfügt, ein bedrohtes Spital im



Kanton vor der Schliessung zu bewahren, war den meisten unbekannt. Wir machten auf die Problematik aufmerksam, dass die bürgerliche Kantonsregierung die regionale Gesundheitsversorgung immer weiter verschlechtert. Dass die Gesundheit wichtiger als der Profit sein sollte, leuchtete den allermeisten ein!

## Wir bleiben am Ball

Wir sind mit dem Ziel gestartet, die Petition nach dem Sommer der Gesundheitsdirektion zu übergeben. Wir starteten mit der Erwartung, dass wir ein paar hundert Unterschriften zusammenbringen würden. Es stellte sich heraus, dass wir die Petition mit 1284 Unterschriften einreichen konnten. Über 370 Personen haben sich für unseren Newsletter eingetragen, so dass wir den Kreis der PdA-Sympathisant:innen vergrössern konnten. Nach der Lancierung der Petition wurde bekannt, dass zwei weitere Spitäler im Kanton von der Schliessung bedroht sind. Für uns bedeutet das, nach dieser erfolgreichen Kampagne weiter am Ball zu bleiben und für eine starke Gesundheitsversorgung zu kämpfen, die der Bevölkerung dient.

# Parteileben

**Die Parteiversammlungen sind «der Ort der kollektiven Meinungsbildung». Dies pflegte immer wieder Genosse Karli Palma zu sagen. Die Älteren unter uns erinnern sich gerne an die Frohnatur Karli. Der Rückblick zeigt, dass zu verschiedenen, spannenden Themen diskutiert wurde.**

## Mietzinskontrolle einführen!

Die erste Mitgliederversammlung (MV) von 2022 fand am Montag, 31. Januar aufgrund der Pandemie vor Ort und virtuell statt. Das Schwerpunktthema war die kommende Gemeinderatswahl am 13. Februar 2022 in der Stadt Zürich. Spezifisch haben wir uns mit der staatlichen Mietzinskontrolle befasst: «Die Mietzinskontrolle ist ein starkes Instrument gegen die explodierenden Mietzinse, welche den ärmeren Teil der Bevölkerung aus der Stadt verdrängt. Wir wollen uns mit dieser Verdrängung nicht abfinden und fordern Massnahmen, die dieser Entwicklung entgegenwirken. Deshalb ist die Mietzinskontrolle eine unserer zentralen Forderung aus dem Wahlprogramm zu den Gemeinderatswahlen», ist dazu auf unserer Website zu lesen. Genosse Marco Medici hat uns dies per Powerpoint-Präsentation vorgestellt, die Funktionsweise erläutert und ist auf die Geschichte der Mietzinskontrolle (welche bis in die 1960er-Jahren existierte) eingegangen. Anschliessend fand eine Frage- und Diskussionsrunde statt.

## See-Spital Kilchberg

Am 7. März 2022 fand die MV zum ersten Mal in unser neues Sekretariat an der Dienerstrasse 16 statt, auch wieder mit der Möglichkeit, sich online zu schalten zu können.

Genosse Tarek hat die Idee zu einer Petition zur Rettung des See-Spitals Kilchberg vorgestellt. Das regionale Spital soll bis 2025 ganz geschlossen werden, wobei schon auf Ende 2022 der Spitalbetrieb geschlossen wird. Das Spital Kilchberg, ehemals Spital Sanitas, wurde seit der Fusion mit dem Spital Horgen vor zehn Jahren immer weiter ausgehöhlt. Die Schliessung des Spitals Kilchberg wäre trotz den wenig verbliebenen Abteilungen dennoch ein Verlust für die Gesundheitsversorgung in der Region. Für uns als PdA ist eben-



falls relevant, dass durch die Schliessung 200 Mitarbeitende entlassen werden. Danach wurde diskutiert, wie wir diese Idee umsetzen können. Eine Arbeitsgruppe mit Interessierten wurde vor Ort gegründet, um die Petition auszuarbeiten.

Im zweiten Teil der Mitgliederversammlung wurde der Rückblick auf die Gemeinderatswahlen 2022 in Zürich vorgestellt. Bei dieser Auswertung gingen wir auf die verschiedenen Aspekte unserer Kampagne ein. Was wir alles geleistet haben, welche Reaktionen wir erhalten haben und wie wir die Wahlergebnisse einschätzen.

## Die Jahresversammlung

Die JV erfolgte am 9. April im neuen Seki und war gut besucht. Nach der Begrüssung und Wahl des Tagespräsidiums starteten wir mit der Verabschie-

dung der Traktandenliste. Das Protokoll der JV 2021 wurde abgenommen und die Abstimmungsparolen für den 15. Mai 2022 wurden gefasst. Genosse Siro präsentierte der JV die Rechnung 2021, die erfreulicherweise mit einem kleinen Gewinn abgeschlossen wurde. Die JV nahm den Abschluss an und erteilte einstimmig den Organen Decharge. Danach präsentierte Genosse Siro der JV das Budget von 2022, das wiederum einstimmig angenommen wurde. Darauf folgte der Bericht des Parteivorstands (PV), die uns der Parteisekretär Harald vorstellte. Die JV stimmte dem Bericht einstimmig zu. Abgerundet wurde der erste Teil der JV durch den Bericht zu den nationalen Instanzen durch Genosse Siro.

Im zweiten Teil der JV stellte Genosse Harald die Jahresplanung vor mit den Schwerpunkten: Kampagne

«Petition zur Rettung des See-Spitals Kilchberg», Bildung von Arbeitsgruppen sowie Aufgabenverteilung und die Kantonsratswahlen 2023.

Am Schluss erfolgten die Wahlen der Parteiinstanzen. In den PV wurden gewählt: Sevin Satan, Nils Lukes, Marius Käch, Dani Brunner, Kara Diggelmann, Harald Lukes, Siro Torresan und Marco Medici. Dani Brunner wurde als Kassier bestätigt, Rita Maiorano und Peeter Dürstelner als Revisori:innen gewählt. Als Sekretär unserer Sektion wurde Genosse Harald Lukes mit einem grossen Applaus bestätigt. Mit einem kleinen Apéro fand der JV ihren Abschluss.

### Festung Europa

An der MV vom 2. Mai haben wir uns mit dem Frontex-Referendum und der Festung Europa befasst. Dazu luden wir Philippe vom Frontex-Komitee ein. Die brutale Abschottungspolitik der EU und der Schweiz zwingen die Menschen auf gefährliche Fluchtwege. Tausende von Toten fordert diese Politik nur schon im Mittelmeer. Tausende, die Jahr für Jahr auf ihrer gefährlichen Flucht vor Krieg und Elend ertrinken. Doch statt Hilfe anzubieten, wird aufgerüstet, wie man an der Frontex-Vorlage bestens erkennt. Denn die Fluchtrouten werden dichtgemacht, Europa schottet sich ab und verschliesst sich hinter Gittern und Stacheldrahtzäunen. Zugleich sind die Fluchtgründe nur allzu häufig direkte Folgen der Politik der europäischen Länder!

Im zweiten Teil ging es weiter mit den Berichten aus den Parteiinstanzen und dem Rückblick zum 1.-Mai-Fest, Demo und unserer Veranstaltung zum Pflegenotstand mit unseren Genoss\*innen Sarina Meier und Deniz Killi für das 1.-Mai-Politprogramm.

### Gewerkschaftsarbeit in der Partei

Am 6. Juni stand die Gewerkschaftsarbeit im Fokus. Genosse Marius Käch und Genossin Kara Diggelmann haben das Ressort Gewerkschaftsorganisation der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) vorgestellt. Im Moment besucht dieses Ressort die Sektionen, um dort ihre Arbeit vorzustellen und die gewerkschaftlichen Tätigkeiten besser zu koordinieren. Es ist eine Möglichkeit, die eigenen Erfahrungen und Wünsche bezüglich der Gewerkschaftsarbeit einzubringen. Zugleich



stellen sie uns das schweizerische Gewerkschaftswesen vor und gehen auf den Arbeitskampf auf dem Bau ein. Dies haben sie insbesondere mit Blick auf die Bau-Demo vom 25. Juni in Zürich gemacht, an die alle Sektionen der PdA mobilisiert hatten, damit wir die Bauarbeiter:innen in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen möglichst zahlreich unterstützen konnten. Im zweiten Teil wurde dann aus den nationalen Parteiinstanzen sowie vom PV unserer Sektion berichtet.

### Für eine starke AHV

Am 4. Juli haben wir uns hauptsächlich mit der Initiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» beschäftigt. Genosse Marco Medici hat uns die Initiative vorgestellt. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat ausserordentlich hohe Gewinne gemacht und diese sollen der AHV zugutekommen. Damit will der Schweizerische Gewerkschaftsbund, welcher die Initiative lanciert hat, Alternativen zum Sozialabbau im Rentenbereich aufzeigen. Es soll Druck aufgebaut werden, was auch dringend notwendig ist. Denn das Parlament verabschiedet seit Jahren einen Angriff auf die Arbeitenden nach dem anderen. Statt die viel zu niedrigen Renten anzupassen, wollen sie lieber das Frauenrentenalter erhö-

hen! Nach Austausch der Initiative wurde dann aus den Parteiinstanzen sowie vom Parteivorstand berichtet.

### Was bedeutet Kader sein heutzutage?

Nach der Sommerpause fand die erste MV am 5. September statt. Genossin Kara hatte am Kaderkurs des Ressorts Ausbildung des Zentralkomitees der PdAS teilgenommen und berichtete uns an diesem Abend mit einer Power Point Präsentation über ihre Erfahrungen und Erkenntnisse. Sie ging auf wichtigen Fragestellungen ein: Was bedeutet es, ein Kader einer kommunistischen Partei in der heutigen Zeit zu sein? Welche Verantwortung, Rolle und Aufgaben beinhaltet dies? Welche Arten von Kader gibt es, und welche Rolle spielen diese in der heutigen Strategie der PdAS?

Im zweiten Teil der MV erfolgte eine kurze Präsentation von Genosse Kai über das Treffen an einem Wochenende in Österreich mit der Jugend der KPÖ, an dem er sowie andere junge Genoss:innen der Kommunistischen Jugend teilgenommen hatten. Abgerundet wurde der interessante Abend durch die Infos zur Parteileitung der PdAS von Genosse Marius.

# Aktivitäten und Aktionen

**kdkljsalas lead**



## 8. März und 14. Juni

Der Internationale Frauentag am 8. März entstand als Initiative sozialistischer Organisationen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg im Kampf um die Gleichberechtigung, das Wahlrecht für Frauen sowie die Emanzipation von Arbeiterinnen. Erstmals fand der Frauentag am 19. März 1911 statt. 1921 wurde sein Datum durch einen Beschluss der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau endgültig auf den 8. März gelegt.

Der 14. Juni hingegen hat seinen Ursprung im Frauenstreiktag 1991 hier in der Schweiz. Dieser Streik war ein Meilenstein in Sachen Gleichberechtigung für die Frauen. Am 14. Juni 2019 folgte dann der zweite Frauenstreiktag, der ebenfalls Geschichte schrieb. Auch dieses Jahr fanden an beiden Daten Aktivitäten und Demonstrationen statt, an denen Genossinnen unserer Sektion aktiv dabei waren. Es ist selbstredend, dass beide Frauenkampftage für unsere Sektion wichtige Momente im politischen Leben sind.



## 1. Mai: Internationaler Tag der Arbeit

Endlich: Nach zwei Jahren ohne Umzug und Fest konnten wir dieses Jahr am 1. Mai wieder auf die Strasse gehen und das traditionelle Fest auf dem Kasernenareal durchführen, wenn auch nicht ganz im gewohnten Rahmen. Unsere Sektion war am Morgen an der Demo dabei und den ganzen Tag über mit einem Stand auf dem Festareal. Viele Genoss:innen sahen sich seit langer Zeit wieder real, heisst nicht nur über Videochat. Schon alleine deswegen war die Präsenz vor Ort von grosser Bedeutung. Bereits am 30. April fand unsere Veranstaltung zur Gesundheitspolitik statt. Auf dem Podium berichteten Genossinnen, die im Gesundheitswesen arbeiten, über ihre Erfahrungen und täglichen Schwierigkeiten. Gefordert wurde von allen Rednerinnen unter anderem die sofortige Umsetzung der Pflege-Initiative, die im November 2021 vom Schweizer Stimmvolk angenommen wurde.

### Nie wieder Faschismus

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa und mit ihm auch die Barbarei des Faschismus, die Millionen von Menschen ermordete. Zum 77. Jahrestag der Befreiung gab es eine kleine Transpi-Aktion. Ein Blick auf die aktuelle Regierung in Italien beweist, wie wichtig und aktuell der Kampf gegen den Faschismus weiterhin ist. No pasarán!

### Nein zu Frontex!

Im Mai kam es zur Abstimmung über die erweiterte Beteiligung der Schweiz an Frontex, die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Anstatt für dringend nötige sichere Fluchtwege zu sorgen, führt Frontex einen regelrechten Krieg gegen Migration – während weiterhin tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken. Unsere Sektion beteiligte sich aktiv im Abstimmungskampf. Abstimmung, die dann leider verloren ging. Gleich nach dem Bekanntwerden des Ausgangs kam es in der ganzen Schweiz zu spontanen Demonstrationen gegen Frontex. In Zürich nahmen auch einige Genoss:innen unserer Sektion teil.

### Geselliges

Das «komm&iss» jeden dritten Montag im Monat ist fester Bestandteil der Aktivitäten der Sektion, ja bald darf man gar von einer Tradition sprechen. Ab und zu ist es zwar ein bizzelli eng, aber es ist schön, dieser Anlass in unserem Seki an der Diererstrasse durchführen zu können. Anfang Sommer fand das Gartenfest im idyllischen Garten eines Genossen statt. Und wie schon seit Jahrzehnte ging am 1. August das internationalistische Fest der Sektion über die Bühne. Alles Anlässe, die es ermöglichen, sich besser kennenzulernen und Freundschaften neu zu knüpfen oder zu vertiefen.

### Demonstrationen

Am 25. Juni fand in Zürich die grosse Bauarbeiter:innen-Demo statt. Es war der Auftakt im Kampf für die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrags, der LMV, im Baugewerbe. Unsere Partei war gut sichtbar dabei und unterstützte so den Kampf der Baukolleg:innen. Solidarisch zeigte sich unsere Sektion auch mit der alternativen Demo in Zürich zur doch stark kommerzialisierten Gay-Pride.



# Was macht der Parteivorstand?

**Wahlen, Umzug, Finanzen, Aktionen, Weiterbildung und noch einiges dazu. Den Mitgliedern des Parteivorstands wurde es in den letzten Monaten nie langweilig, auch weil es doch eine etwas spezielle Zeit war.**

Anschliessend an den Bericht über den PV (Parteivorstand) in der letzten Ausgabe der PdAZeit im Juli 2021 ist festzuhalten, dass die Vorbereitung auf die Wahlen in den Gemeinderat vom Februar 2022 einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit im PV darstellten. Ein junges Parteimitglied konnte als Wahl-Koordinatorin gewonnen werden. Ihr oblag die Produktion des Werbematerials, das Einholen der Unterschriften von Kandidierenden und Unterstützenden und die Koordination des eigentlichen Wahlkampfes. Sie hat sich ihren Obliegenheiten mit Bravour entledigt. Bei den Gemeinderatswahlen haben wir Stimmen verloren. Im PV war dies Anlass zu ausführlichen Diskussionen. Offenbar sind wir in ähnlicher Art und Weise abgestraft worden wie die anderen Linksparteien. Sowohl AL wie auch die SP haben Sitze verloren. Der Rückgang an Wähler:innenstimmen in Prozenten gegenüber 2018 war bei der PdA kleiner als bei SP und AL, die beide Sitze verloren haben. Trotzdem: Wir haben unser Wahlziel klar verfehlt.

## Polster angelegt

Den Finanzen der Sektion wurde generell mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Die Halbjahresabschlüsse und der Jahresabschluss wurden detailliert analysiert. Die neuen Mitgliederbeiträge werden im Grossen und Ganzen gut aufgenommen. Der Ertrag der Mitgliederbeiträge stieg entsprechend an. Die Gesamteinnahmen im Jahre 2021 konnten gegenüber dem Vorjahr um über 46 Prozent gesteigert werden. So konnte auch ein gewisses Polster für die kommenden Kantonsrats- und Nationalratswahlen angelegt werden. Für das Jahr 2022 bedeutet dies, dass grosse Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Resultat des Vorjahres zu egalisieren.

Bald nach den Gemeinderatswahlen stand die Organisation des 1. Mai



an, der ja endlich wieder vor Ort auf dem Kasernenareal – wenn noch nicht ganz im gewohnten Rahmen wie noch vor der Pandemie – durchgeführt werden können.

## Neue Räumlichkeiten, Schulung, Aktionen

Ein wichtiger Punkt auf der Agenda des PV ist die Gestaltung der monatlichen Mitgliederversammlungen (siehe Seite 3). Alle 14 Tage wurde die neueste Nummer des vorwärts einer Kritik unterzogen. Der Umzug des Parteisekretariates von der Rotwandstrasse an die Diererstrasse beschäftigte den PV während langer Zeit. Ausgemistet musste vor allem der Keller an der Rotwandstrasse werden, wo sich «Schätze» der letzten Jahrzehnte stapelten. Der Umzug hat aber fristgerecht geklappt und die Freude über die neuen Räumlichkeiten ist gross. Sie erlauben unter anderem das Abhalten von Mitglieder-

versammlungen, also: Kommt vorbei! Es können auch Getränke und einfach Mahlzeiten konsumiert werden.

Die monatliche «Komm&iss»-Aktion und deren Organisation war ebenfalls ein wiederkehrendes Thema für den PV. Auch die Organisation der Dialektik-Schulung über fünf Abende wurde organisiert und kritisch begleitet. Und bereits vor den Sommerferien standen die Kantonsratswahlen vom 2023 oft auf der Traktandenliste des PV.

Die PV-Sitzungen fanden ab Sommer 2021 wieder live statt, wobei immer auch noch die Möglichkeit einer virtuellen Teilnahme geboten wurde. Die Sitzungen wurden grösstenteils sehr harmonisch durchgeführt. Dazu half schon die Einstimmung auf die Sitzung unter dem Traktandum: Befindlichkeit, wo alle ihre Probleme ausbreiten, so sie dies wollten.

# Arbeitsgruppe Bildung

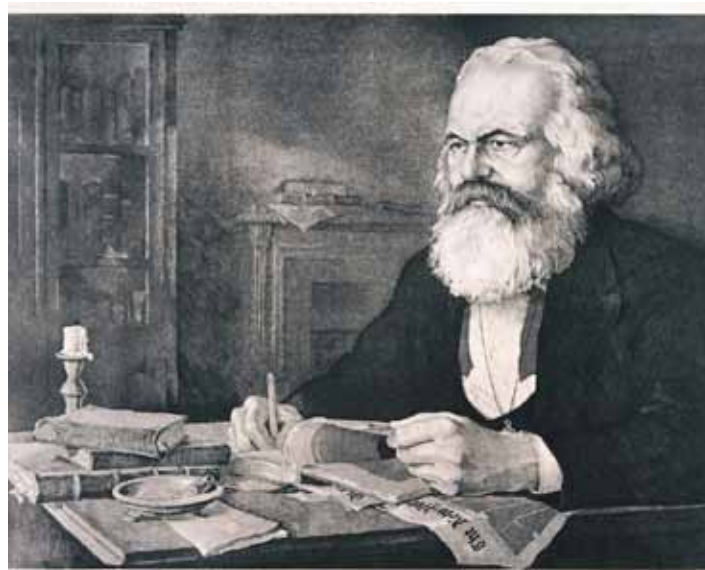
**Zwischen April und Juli fanden fünf Veranstaltungen zum Thema Dialektik statt. Jeder Abend hatte einen eigenen Schwerpunkt, der durch einen praxisorientierten Ansatz behandelt wurde. Diese Veranstaltungsform war erfrischend und mutig. Je länger, desto mehr stimmte dann zudem die Mischung aus Theorie und Praxis.**

Theorie und Praxis müssen in der Partei Hand in Hand gehen. Deshalb ist es uns als Partei ein Anliegen, unseren Genoss:innen kompetente Bildungsangebote bereitzustellen.

Doch Bildung ist aufwendig, benötigt viel Arbeit und setzt Disziplin voraus. Nicht nur für diejenigen, welche diese Angebote organisieren und vorbereiten. Sie verlangt ebenso von unseren Genoss:innen viel. Nach der Arbeit mit einem rauchenden Kopf und müden Beinen, sich mit einem zweistündigen Programm zur Weiterentwicklung der politischen Bildung zu befassen, ist eine Leistung. Wir sind uns diesen Schwierigkeiten bewusst. Deshalb setzen wir uns regelmässig mit unterschiedlichen Formen der Bildung auseinander. Zuletzt war das neben dem Langzeitprojekt des Bildungsordners, das «lies&trink». Eine gemütliche Form der Lesegruppe. In unserer Geschichte gab es bereits einige verschiedene Formen der Bildungsangebote. Als dann Gaudenz angeboten hat, eine mehrteilige Veranstaltungsreihe zur Dialektik durchzuführen, freuten wir uns sehr.

## Dialektik – Sinn und Zweck

Dieser Schnupperkurs zur Dialektik befasste sich zwischen April und Juli mit einer Einführung in die breite Thematik der Dialektik. Schon die Definition der Dialektik ist keine einfache Sache. Lehre der Widersprüche oder Entwicklungsgesetze treffen es wohl am ehesten. Dabei setzen wir uns mit folgenden fünf Themenblöcken auseinander: «Denken – Hochleistungssport für Intellektuelle oder Praxis für den Alltag?», «Eine kurze Geschichte des Denkens», «Ein Blick in die Werkzeugkiste», «Im Herzen der Dynamik – der Widerspruch» und «Argumentationen zerlegen und neu zusammenbauen». Nur schon die Betrachtung der hier aufgezählten Titeln zeigt: Es waren grosse



und komplexe Themen. Sie mussten, da wir keine parteieigene Universität anbieten können, heruntergebrochen werden.

## Experimentelle Vermittlungsform

Die Veranstaltungen unterschieden sich durchaus von anderen Bildungsveranstaltungen. So wurde bewusst auf eine sehr typische Form der Bildungsvermittlung, diejenige mittels Vortrags, verzichtet. Der rote Faden durch die fünf Abende war der praxisorientierte Ansatz. Dies war sowohl für uns als Teilnehmende neu wie auch für Gaudenz, der uns durch diese Veranstaltungen begleitete. Der Ansatz forderte eine aktive Beteiligung der Teilnehmer:innen. Deshalb war das Finden einer ausgewogenen Mischung von theoretischen Inputs und praktischer Anwendung der Dialektik keine Sache, die sich von selbst ergab. Sie musste ebenso wie der Inhalt der Veranstaltungsabende erarbeitet werden. Die Werkzeuge dabei waren die Kritiken und Reflexionen der

Teilnehmer:innen. Jeder Abend hatte zudem neben seinem theoretischen Schwerpunkt einen praktischen. So nahmen wir am ersten Abend zur Fragestellung «Ist Denken eine praktische Arbeit?» Stift und Papier in die Hand und fassten unsere Gedankengänge auf einem Mindmap zusammen. Oder am letzten Abend analysierten wir einen Zeitungsartikel für uns zur Vorbereitung auf seinen Inhalt. Das hiess, sich bei jedem Satz die Frage zu stellen: Ist dies nun ein Fakt, ein Argument oder eine Schlussfolgerung des Autors?

Es war durchaus ungewohnt, sich in dieser Form mit der politischen Philosophie des Marxismus zu befassen. Doch wir haben viele Erfahrungen gesammelt und diese wissen wir zu schätzen. Es war ein interessanter Anfang. Wie jeder Anfang braucht er Zeit und weitere Versuche, um sich entwickeln zu können. Wir freuen uns darauf, weitere Veranstaltungsabende in dieser Form mitzuorganisieren.



# Genosse Nationalrat

**Sowohl in der Sommersession (Juni) wie auch in der Herbstsession (Oktober) des Nationalrats sprach Genosse Denis de la Reussille eine Reihe von Themen an. Sämtliche Vorstösse sowie die teilweise vorhandenen Antworten der Landesregierung sind auf [parlament.ch](http://parlament.ch) nachzulesen. Hier eine Übersicht.**

Kurz zur Begriffserklärung: Mit einer Motion erhält der Bundesrat den Auftrag, einen Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Motionen können von der Mehrheit einer Kommission und während der Session von einer Fraktion oder einem Ratsmitglied eingereicht werden. Einer Motion müssen beide Räte zustimmen.

Mit einer Interpellation verlangt ein Ratsmitglied vom Bundesrat Auskunft über wichtige innen- und ausserpolitische Ereignisse und Angelegenheiten des Bundes. Der Bundesrat antwortet in der Regel bis zur nächsten Session. Unser Genosse Denis de la Reussille macht regelmässig Gebrauch von Interpellationen. Dies unter anderem, weil die Presse in der Westschweiz – im Gegensatz zu jener in der Deutschschweiz – viel öfters über die Antworten der Regierung berichtet.



## **Prämienanstieg: Es braucht einen Systemwechsel**

Das im Krankenversicherungsgesetz (KVG) verankerte System mit einem Wettbewerb zwischen den privaten Krankenkassen hat eindeutig seine Grenzen erreicht und ist in seiner jetzigen Form nicht mehr haltbar. Die Prämienlast wird untragbar und der ständige Prämienanstieg lässt sich nicht rechtfertigen. Die Reserven der Kassen erreichen astronomische Höhen; sie liegen ohne jeden Grund weit über dem, was vom Gesetz vorgeschrieben ist. Die Beträge, die in einigen Kantonen zu Unrecht von den Versicherten erhoben worden waren, wurden nur teilweise zurückerstattet, ohne dass das System korrigiert worden wäre, dessen Undurchsichtigkeit im Übrigen inakzeptabel ist. Für 2023 wird von möglichen Prämienerrhöhungen um sieben bis neun Prozent gesprochen. Es wird also zum einen immer klarer, dass

Sofortmassnahmen ergriffen werden müssen, zum anderen aber auch, dass eine grundlegende Reform des gesamten KVG-Systems hin zu Transparenz, Fairness und sozialer Gerechtigkeit notwendig ist.

- Plant der Bundesrat, in nächster Zukunft Massnahmen ergreifen, um die Prämien zu plafonieren und die für 2023 prognostizierten Erhöhungen zu verhindern?

- Sollte der Bundesrat die Kassen nicht zwingen, ihre ungerechtfertigt und mit dem Geld der Versicherten angehäuften Reserven anzuzapfen?

- Und mittelfristig: Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass es höchste Zeit ist, über ein neues System mit einkommensabhängigen Prämien nachzudenken?

«Da die Prämien die Kosten decken müssen, wäre eine Prämienplafonierung nicht zielführend», schreibt der Bundesrat in seiner Antwort. So läge es keine andere Möglichkeit, die

Kosten anders zu decken, zum Beispiel mit staatlichen Zuschüssen. Es ist und bleibt eine Frage des politischen Willens. Weiter erinnert die Regierung daran, dass «ein erstes Massnahmenpaket zur Kostendämpfung» ans Parlament überwiesen wurde. Der erste Teil des ersten Pakets (Paket 1a) wurde vom Parlament am 18. Juni 2021 verabschiedet. Und der Bundesrat plane, dem Parlament «in der zweiten Jahreshälfte 2022 ein zweites Massnahmenpaket vorzulegen». Ob es zu konkreten finanziellen Entlastungen für jene führen wird, die es am meisten nötig haben, werden wir sehen. Zweifel sind jedoch angebracht.

## **Sofortmassnahmen zur Bekämpfung der Teuerung**

Alles steigt, ausser die Löhne, die Renten und die Sozialleistungen. Das Problem der Teuerung der Lebenskosten wird durch die Inflation verursacht, aber auch durch andere Phänomene

wie den unaufhaltsamen Anstieg der Krankenkassenprämien – der im Jahr 2023 enorm sein soll – und der Miete. Angesichts der steigenden Lebenskosten müssen sofort mehrere Massnahmen getroffen werden:

- Beabsichtigt der Bundesrat, die Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Lebenskosten zu koppeln, um den Rückgang der Kaufkraft zu bremsen?

- Müsste der Bundesrat nicht eine Preisüberwachung für die Grundnahrungsmittel und die Mieten einführen, so wie es nach dem Zweiten Weltkrieg lange für die Mieten eine gab?

- Zieht es der Bundesrat in Betracht, die Krankenkassenprämien nach oben zu begrenzen und die Reserven der Krankenkassen zu verringern?

Die äusserst ausführliche Antwort beweist die Wichtigkeit der Fragen, die Genosse Denis der Regierung stellte. Im Wesentlichen verweist der Bundesrat auf laufende parlamentarische Geschäfte, die mit den Themen der Motion in Zusammenhang stehen. Interessant dabei diese Aussage: «Der Bundesrat möchte die Ergebnisse dieser parlamentarischen Beratung abwarten, bevor er sich inhaltlich zur Frage einer Preisüberwachung bei Mietzinsen äussert.» Mensch darf gespannt sein...

### **Polizeikräfte verwenden verbotene Software**

Laut Berichten von Medien, die Informationen der amerikanischen Webseite «BuzzFeed» aufgegriffen haben, haben die Kantonspolizei von St. Gallen und die Stadtpolizei Zürich die höchst umstrittene Gesichtserkennungssoftware «Clearview» getestet. Da die Verwendung dieser Software in der Schweiz nicht erlaubt ist, waren diese Tests illegal.

- Wie erklärt der Bundesrat, dass Polizeikorps Software jeglicher Art vollkommen illegal verwenden?

- Gedenkt der Bundesrat, dieses Verhalten zu beanstanden und die notwendigen Sanktionen gegen die Täterinnen und Täter zu ergreifen?

- Mit welchen Massnahmen plant der Bundesrat die Bevölkerung in Zukunft vor solchen Praktiken zu schützen?

In seiner Antwort schiebt der Bundesrat die Verantwortung ab. Er schreibt: «Rechtlich sind die Kantone frei in ihren Beschaffungen und haben sich an ihre kantonalen beschaffungs- und datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu halten. Der Bund hat keine Weisungsbefugnis und äussert sich

nicht zu Beschaffungen kantonaler Polizeikorps.»

### **Nato-Beitritt der Schweiz?**

Der Chef der Armee, Thomas Süssli, hat kürzlich erklärt, dass ein Beitritt der Schweiz zur Nato «zurzeit» nicht auf der Tagesordnung stehe. Bedeutet «zurzeit», dass die Frage eines Beitritts bald geprüft werden könnte? Diese Meinungsbekundungen sind meines Erachtens völlig inakzeptabel. Übersieht Herr Süssli, dass die Schweiz neutral ist und dass in unserem Land während des Kalten Krieges zu keiner Zeit ein Nato-Beitritt diskutiert wurde? Ebenso inakzeptabel ist das Schweigen des Bundesrates im Nachgang zu solchen Aussagen. Der Bundesrat und die Departementsvorsteherin Viola Amherd hätten Herrn Süssli zur Ordnung und ihm ein paar Tatsachen in Erinnerung rufen sollen, insbesondere, dass es nicht der Chef der Armee ist, der in unserem Land über die Aussenpolitik bestimmt. Denis fragt unter anderem: «Stehen der Beitritt der Schweiz zu einer ausländischen militärischen Organisation und die Aufgabe der Neutralität auf der versteckten Agenda des Bundesrates?»

Dass Genosse Denis hier eine heikle, weil auch offene Frage anspricht, zeigt auch die Antwort des Bundesrats. Diese hält gleich zu Beginn fest: «Ein Nato-Beitritt wird weder vom Chef der Armee noch vom Bundesrat in Betracht gezogen.» Doch ein paar Zeilen weiter unten ist zu lesen, die Regierung wolle wegen dem Krieg in der Ukraine einen Bericht vorlegen, der «unter anderem die Opportunität und Möglichkeiten einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit, auch mit der Nato, evaluieren wird.»

### **Militärische Aggression der türkischen Armee in Kurdistan**

Die türkische Regierung startete in der Nacht auf Ostermontag eine gross angelegte Luftoffensive im irakischen Kurdistan. Der Angriff des Nato-Mitglieds wurde in Europa von allen Regierungen wie auch von den Medien praktisch verschwiegen. Das türkisch-irakische Grenzgebiet wurde von Kampfflugzeugen und Drohnen heftig bombardiert. Bei dieser Aggression waren Versorgungseinrichtungen und die Zivilbevölkerung betroffen und es gab zahlreiche Todesopfer. Diese Militä-

roffensive verstösst selbstverständlich gegen das Völkerrecht.(...) Im Vergleich zum Konflikt in der Ukraine, bei dem es sich ebenfalls um einen schweren Angriffskrieg der russischen Regierung handelt, ist das Schweigen des Bundesrates zu dieser Offensive der türkischen Regierung zumindest irritierend.

- Sollte der Bundesrat die Aggression der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung nicht aufs Schärfste verurteilen?

- Sollte der Bundesrat seine Politik, die gegenüber Präsident Erdogan für sehr nachsichtig gehalten werden kann, nicht überdenken?

- Erwägt der Bundesrat, diplomatische oder wirtschaftliche Sanktionen gegen die türkische Regierung zu ergreifen?

Die Antwort: «Der Bundesrat verfolgt die jüngsten Entwicklungen in Nordsyrien und im Nordirak mit Besorgnis.» Und die Schweiz appelliere «an alle Parteien, auf Kampfhandlungen zu verzichten». Immerhin, aber das ist wohl das Allermindeste! Auch fordere die Schweiz von der Türkei immer wieder dazu auf, «ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.» Dass dies wenig nützt, sollte mittlerweile auch in Bundesbern angekommen sein. Daher wären Sanktionen möglicherweise wirksamer. Dazu der Bundesrat: «Im Moment liegen keine Beschlüsse seitens des UNO-Sicherheitsrates oder der EU vor, welche im direkten Zusammenhang mit der Situation in Nordirak und Nordsyrien stehen.» Wenn es gelegen kommt, versteckt man sich gar hinter der sonst wenig geliebten EU.

SIRO TORRESAN

# Was sagt die PdAS?

**Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) hat wie üblich eine Reihe von Stellungnahmen zu nationalen und internationalen Themen veröffentlicht. Hier eine chronologische Zusammenfassung im Sinne eines Rückblicks. Die Texte in voller Länge sind auf [www.pda.ch](http://www.pda.ch) zu lesen.**

## Nein zum Krieg!

Die PdAS verurteilt die russische Invasion in der Ukraine. Das erklärte Ziel der russischen Regierung ist es, die ukrainische Regierung zu stürzen, was eine unannehmbare Verletzung der ukrainischen Souveränität und des Völkerrechts darstellt. Dies ist eine Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Grossmächten, mit den entsprechenden Folgen für die Zivilbevölkerung. Die russische Militärintervention darf jedoch nicht von der Verantwortung der USA, der Nato und generell der westlichen Länder für den Flächenbrand in der Region ablenken. Wir verurteilen ihre kontinuierliche imperialistische und aggressive Politik.

28. FEBRUAR

## Unblock Cuba

Am 24. März 1962, vor exakt 60 Jahren, verhängte der damalige US-Präsident John F. Kennedy ein komplettes Einfuhrverbot für Produkte kubanischer Herkunft. Er fügte dies dem von Dwight D. Eisenhower verhängten Exportverbot nach Kuba hinzu. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade des ehemaligen Haupthandelspartners gegen Kuba begann. Unter dem US-Präsidenten Donald Trump wurde die Blockade durch zusätzliche Massnahmen weiter verschärft. Die PdAS fordert von der Schweizer Regierung, wie vom Nationalrat am 9. März 2021 in einem Postulat beschlossen, aktiv nach Möglichkeiten zur Überwindung der US-Wirtschaftsblockade gegen Kuba zu suchen. Des Weiteren soll sich der Bundesrat dafür einsetzen, dass Kuba von der Liste terrorunterstützender Staaten gestrichen wird.

23. MÄRZ

## Solidarität im Kampf gegen den Krieg!

Die PdAS drückt ihre Solidarität mit den griechischen Arbeiter:innen aus, die sich gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Griechenlands für

den Frieden in der Ukraine eingesetzt haben. Während der Massenstreikversammlung am 6. April 2022 blockierten die Streikenden den Hafen von Thessaloniki. Sie verhinderten so den Transfer von Kriegsmaterial eines Nato-Schiffs nach Osteuropa. Die Arbeiter:innen wurden von Polizeikräften angegriffen. Die PdAS kämpft an der Seite der Kommunistischen Partei Griechenlands gegen alle Imperialismen sowie gegen die zunehmende Verwicklung der europäischen Staaten in den russisch-ukrainischen Konflikt. Sie wird gegen die Unterdrückung der Friedensbewegung in ganz Europa kämpfen.

9. APRIL

## Nein zur Nato

Der Krieg in der Ukraine hat auch Umwälzungen in der Schweiz verursacht. Die Kriegsrhetorik der Imperialist:innen aller Seiten bedroht mehr denn je den Frieden. Da ist es entscheidend, dass die Schweiz nicht noch mehr Öl ins Feuer giesst und sich nicht noch mehr als bisher einem imperialistischen Block anschliesst. Die PdAS lehnt einen Beitritt und die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Nato kategorisch ab. Unsere antiimperialistische Überzeugung verlangt es, uns von einer kriegerischen Militärorganisation fernzuhalten, die in Wirklichkeit nichts anderes



ist als der bewaffnete Arm der US-amerikanischen Aussenpolitik.

20. APRIL

## Verurteilung der türkischen Offensive

Fast unbemerkt von den Medien in Europa hat das Nato-Land Türkei in der Nacht auf den Ostermontag eine grossangelegte Luft- und Bodenoffensive in der Kurdistan-Region des Irak begonnen. Das türkisch-irakische Grenzgebiet wurde von Kampfflugzeugen und Drohnen heftig bombardiert. Die Angriffe zielen auf Versorgungseinrichtungen und die Zivilbevölkerung. Insgesamt sind viele Menschenleben zu beklagen. Die PdAS verteilt die Offensive der türkischen Armee aufs Schärfste. Sie betont, dass die wiederholten Angriffe des türkischen Staates auf das kurdische Volk keine Lösung für irgend ein Problem bieten, sondern dass sie im Gegenteil die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme in der Region verschärfen.

26. APRIL 2022

## Massnahmen gegen die Inflation

Das Problem steigender Lebenshaltungskosten ist nicht nur die Inflation. Hinzu kommen andere Phänomene, die die Kaufkraft der Arbeiter:innenklasse

stark belasten. Zu den wichtigsten gehören der ungebremsste Anstieg der Krankenkassenprämien und die der Mieten. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten empfiehlt die PdAS als unmittelbar anwendbare Massnahmen: Die Anpassung der Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Lebenshaltungskosten; eine Mietpreiskontrolle; Preiskontrolle über Grundnahrungsmittel und die Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen und öffentlicher Einrichtungen.

9. JUNI

### **Zum Frauenstreiktag**

Heute werden die Frauen in der ganzen Schweiz erneut für ihre Rechte und Würde kämpfen. Der historische Frauenstreik/feministischer Streik von 2019 hat die Schweiz breit umfassend geprägt. Nur ein entschlossener und konsequenter Kampf gegen Sexismus und ideologische Stereotypen kann soziale und gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen. (...) Die tieferen Löhne, Teilzeitpensen und unbezahlte Arbeit führen zur heutigen skandalös schlechten Rentensituation der Frauen. So erhalten Frauen nach wie vor ein Drittel weniger Rente als Männer. Altersarmut bei den Frauen ist real. Daher fordert die PdAS unter anderem eine gleiche Entlohnung, die auch das Recht auf angemessene Renten und die Aufteilung der häuslichen, erzieherischen und pflegerischen Aufgaben umfasst.

14. JUNI

### **Für die Verkürzung der Arbeitszeit**

Die Arbeitszeitregelung in der Schweiz ist sehr lückenhaft und vorteilhaft für die Arbeitgeber:innen. Dennoch schrecken die Bürgerlichen nicht davor zurück, den mageren Schutz und die Errungenschaften der Arbeitnehmer:innen anzugreifen, indem sie beispielsweise noch mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten fordern oder das Frauenrentenalter erhöhen wollen. Das Zentralkomitee der PdAS beschloss an seiner Sitzung vom 21. Mai 2022 in Bern, eine Kampagne für die Verkürzung der Arbeitszeit zu starten. Es diskutierte und verabschiedete zudem eine politische Resolution zur Arbeitszeit in der Geschichte der Schweiz und in der aktuellen Gesetzgebung vertieft und analysiert wird.

21. JUNI

### **Solidarität mit den Bauarbeiter:innen**

Der Landesmantelvertrag (LMV), dem über 80 000 Bauarbeiter:innen unterstellt sind, läuft Ende dieses Jahres aus. Die PdAS unterstützt die Forderungen der Bauarbeiter:innen. Sie solidarisiert sich mit dem Kampf der Kolleg:innen auf dem Bau und unterstützt diesen aktiv. Eine wichtige Etappe ist dabei die grosse Baudemo vom Samstag, 25. Juni 2022 in Zürich. Das Zentralkomitee der PdAS ruft alle Sektionen auf, die Genoss:innen aktiv für diese Demonstration zu mobilisieren. Zudem soll die Parteipresse über den Kampf informieren und die Sektionen bei der Mobilisierung unterstützen.

25. JUNI

### **Petition zur Bekämpfung der Inflation**

Mit der Petition fordert die PdAS: Die Indexierung (Kopplung) der Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Lebenshaltungskosten; Fixpreise für Güter des täglichen Bedarfs und Treibstoffe; staatliche Mietpreiskontrolle; den Ausbau der öffentlichen Dienste und Infrastrukturen, anstatt dem kapitalistischen Markt und seinen Profitforderungen hinterherzulaufen. Diese Petition begleitet die beiden Vorstösse, die unser Nationalrat Denis de la Reussille zum Schutz unserer Kaufkraft eingereicht hat.

10. JULI

### **Palästina**

Die PdAS verurteilt die israelische Aggression gegen Gaza und bekräftigt die Solidarität mit dem palästinensischen Volk. 47 palästinensische Tote, darunter 16 Kinder, israelischer Beschuss von ZivilistInnen und eine Polizeioperation im Westjordanland, einem illegal besetzten Gebiet. Leider wird diese Art von Beobachtung jedes Jahr wiederholt. Bereits im vergangenen Jahr waren israelische Kolonialtruppen für die Bombardierung von 260 Menschen im Gazastreifen verantwortlich.

12. AUGUST

### **Zur Annahme der AHV-Reform**

Die PdAS ist über die Annahme der Rentenreform AHV 21 und die damit verbundene Erhöhung der Mehrwertsteuer enttäuscht und vor allem sehr besorgt. Die Erhöhung des

Rentenalters der Frauen ist gleichbedeutend mit dem Diebstahl von 1200 Franken pro Jahr. Dies, obwohl die Hälfte der Frauen, die seit 2019 in Rente gingen, mit weniger als 1770 Franken AHV-Rente pro Monat auskommen. (...) Klar ist auch, dass die Annahme der Reform die bürgerlichen Parteien ihrem eigentlichen Ziel einen grossen Schritt näherbringt: Das Rentenalter 67 für alle. Die PdAS wird dieses Vorhaben entschieden und konsequente bekämpfen.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die mit der AHV-Reform verbunden ist, wird jene Menschen am härtesten treffen, die bereits heute schon von den steigenden Preisen durch die Inflation am stärksten betroffen sind. Die Folgen sind absehbar: Die Zahl der Armutsbetroffenen in der Schweiz wird steigen. So ist und bleibt die gesamte Reform AHV 21 ein riesiger Skandal – auch nach dem heutigen Volksentscheid.

Nach dem Ja zur Reform ist es für die PdAS umso wichtiger, dass sich die Gewerkschaften sowie linke und fortschrittliche Organisationen sich ganz grundsätzlich mit den Fragen des Rentensystems auseinandersetzen müssen. Wir setzen uns dafür ein, das ungleiche, teure und unsichere Drei-Säulen-System durch ein vollwertiges Umlagesystem zu ersetzen, durch echte Volksrenten, die allen eine Rente von mindestens 4000 Franken pro Monat garantieren würde. Das Geld dazu ist vorhanden. Es darf nicht zugelassen werden, dass es sich in den Taschen der Schweizer Oligarchie ansammelt.

25. SEPTEMBER

SIRO TORRESAN

# Die neue Parteileitung der PdAS

**Im November 2021 kam es am 24. ordentlichen Kongress unserer Partei zu einer Erneuerung und Verjüngung der Instanzen auf nationaler Ebene. Dies widerspiegelt sich auch in der Parteileitung (PL), in der viele junge Genoss:innen zusammen mit dem Co-Präsidium von Amanda Ioset und Alexander Eniline gewählt wurden.**

Mit dem Kongresspapier «Die PdA als wirkliche Partei der werktätigen Menschen organisieren» beschlossen wir, die Partei auf nationaler Ebene zu stärken und die Aufgabenteilung innerhalb der PL neu zu strukturieren. Dieser Schritt wurde bereits an der ersten Sitzung der PL im Anschluss zum Kongress vorgenommen. Die Sitzungen der PL finden in der Regel monatlich per Videokonferenz statt, wobei vier ganztägige Sitzungen im Jahr vor Ort durchgeführt werden. Weiterhin werden die grundlegenden Aufgaben, Tagesgeschäfte und Berichte kollektiv in der PL besprochen. Damit Arbeit aber effizient ausgelagert werden kann, wurden sechs Ressorts gegründet. Ihr Ziel ist es, die anstehenden Aufgaben in ihren Themenbereichen effizienter umzusetzen und die Mitglieder des ZK besser in die Arbeitsabläufe einzubinden. Hier ein kurzer Überblick dieser Ressorts:

## Interne Organisation

Für eine effiziente Aufgabenteilung und Umsetzung unserer Ziele braucht es eine gute Koordination der Partei auf nationaler Ebene. Diese Aufgabe fällt diesem Ressort zu. Es bereitet Sitzungen wie die des ZK vor, erledigt gewisse Tagesgeschäfte oder mobilisiert und bereitet Demonstrationen und Aktionen vor.

## Politik

Unsere Resolutionen, Analysen und politischen Positionen (zum Beispiel zur Inflation) auf nationaler Ebene wurden seit dem Kongress von diesem Ressort vorbereitet. Es hat die Aufgabe, Analysen, Positionen und Textvorschläge für das die PL und das ZK vorzubereiten. Diese werden im Vorfeld von den ZK-Delegierten besprochen, mit Änderungsvorschlägen versehen und an den Sitzungen beschlossen.



## Kommunikation

Zur Förderung einer schnellen und koordinierten Produktion auf nationaler Ebene für Propagandamaterial, wie Flyer oder Social-Media-Posts, hat sich das Ressort Kommunikation gegründet. Bisher wurden von diesem Ressort Grafiken für Social-Media-Posts und Flyer zu nationalen und internationalen Themen wie dem Krieg in der Ukraine, dem Erhöhen des Rentenalters der Frauen oder der Arbeitskampf der Bauarbeiter:innen produziert.

## Gewerkschaft

Die Stärkung der Verankerung der PdAS in den sozialen Kämpfen und den Gewerkschaften ist das Ziel des Ressorts Gewerkschaft. Es startete seine Arbeit mit dem Aufbau der Arbeitsgruppe Gewerkschaft und der Mobilisierung für den Arbeitskampf der Bauarbeiter:innen innerhalb der Partei. Dafür kam es zu Besuchen in fast allen Sektionen. Die PdAS hat dadurch am 25. Juni als einzige politische Gruppierung ausserhalb der Gewerkschaften an der grossen Baudeemonstration in Zürich teilgenommen.

## Bildung

Mit dem Ressort Bildung soll unsere Partei stärker darin werden, künftige Kader zu erkennen und zu bilden. Da-

bei liegt der Schwerpunkt in der Integration junger Genoss:innen in den nationalen Instanzen und dem Austausch zwischen den Sektionen. Der erste Kaderkurs fand Ende Juni dieses Jahres statt. Es kam es zu einem guten Austausch zwischen jungen Genoss:innen. Die einzelnen Sektionen wurden besucht, damit von der gegenseitigen Arbeitsweise gelernt werden kann.

## Internationale Beziehungen

Als eines der ersten Ressorts wurden die Genoss:innen für internationale Beziehungen aktiv. Sie sind verantwortlich für das Erstellen von Positionen und Texten zu internationalen Themen und den Kontakt zu unseren Schwesterparteien in anderen Ländern. Die traditionellen Beziehungen mit der Republik Kuba und der Sozialistischen Republik Vietnam wurden wie bisher weitergeführt. Es kam zu Treffen in den Botschaften und mit Delegationen der jeweiligen KP. Mit unseren Schwesterparteien in Europa wurde der Kontakt ebenfalls weitergeführt. Es kam zu einem konstruktiven Austausch mit der PCF aus Frankreich, der DKP aus Deutschland und der PCP aus Portugal.

# Das Zentralkomitee

**Die Stärkung der nationalen Partei und die Basisarbeit in strategischen sozialen Kämpfen liegen im Fokus der Arbeiten des Zentralkomitees (ZK) der PdAS. Ein Rückblick auf die zwei ZK-Sitzungen im ersten Halbjahr.**

## Sitzung vom 26. Februar

Die wichtigsten Themen waren der Aufbau der neuen Ressorts, Die Resolutionen zu Beziehung Schweiz-EU und Krieg in der Ukraine. Die Ressorts agieren selbständig im Rahmen der Beschlüsse des Zentralkomitees.

### Ukraine

«Nein zum Krieg, für Frieden und Freundschaft unter den Völkern!» lautet der Titel des Ressorts Politik ausgearbeiteten Text. Durch den Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse kann ein innerimperialistischer Widerspruch nur tödlich sein, ähnlich wie die Linie des revolutionären Defätismus der Bolschewiki stellt sich die PdA gegen jegliche Form von Aggression, egal ob «westlich» oder «östlich», denn der Hauptfeind steht im eigenen Land. Nichtsdestotrotz gab es kontroverse Diskussionen über die Rolle der Nato, des Faschismus in der Ukraine und die eigentliche Natur dieses Krieges.

### Resolution zur Beziehung Schweiz-EU

Es war ein langes und komplexes Dokument, welches nicht von allen Sektionen ausreichend besprochen werden konnte. Die Qualität des Textes wurde gelobt, die Länge oft kritisiert. Einzelne

Punkte wie die Rolle des Euro und der allfälligen Reformbarkeit der EU wurden diskutiert. Allgemein konnte die Perspektive eines «solidarischen Protektionismus», einer ökologischen und sozialen Ablehnung einer ungebremsten Globalisierung als Leitlinie für die Partei festgelegt werden.

## Sitzung vom 21. Mai

Zentrale Punkte waren die Kampagne und Resolution zur Arbeitszeitverkürzung, Mobilisierung für die grosse Bau-Demonstration am 25. Juni, Pressemitteilung gegen den Rückgang der Kaufkraft und die Annahme der Sektion Aargau.

### Arbeitszeitverkürzung

Es wurden einige theoretischen Grundlagen über den Klassenkampf in Beziehung zu den Eigentumsverhältnissen aufgezeigt, ihr Zusammenhang mit der Arbeitszeit und einen Überblick über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Ausschlaggebend war, dass die Länge der Arbeitszeit massgebend für die Profiteure der Kapitalist:innen ist, somit ist es von strategischer Bedeutung für die Arbeiter:innen, diese bei gleichbleibendem Lohn zu verkürzen.

Die Rolle des Föderalismus, sprachlicher Divergenzen und Handelskor-

porationen wurden als Gründe für die Schwierigkeit der gewerkschaftlichen Organisation in der Schweiz aufgezeigt. In diesem Kontext wurde diskutiert, dass der Kampf zur Arbeitszeitverkürzung langfristig oder sogar permanent für die schweizweite Partei geführt werden muss. Gleichzeitig müssen Themen wie Homeoffice, Reisezeit und Freizeit ebenso in die Diskussion einer langfristigen Strategie einbezogen werden; diese kann laufend angepasst werden. Der Einbezug von Basisaktivist:innen – nicht nur Vertrauensleute der Partei in den Gewerkschaften – wurde hervorgehoben.

### Bau-Demonstration am 25. Juni

Priorität war Sichtbarkeit der nationalen Partei in Form eines gut organisierten Demonstrations-Blocks und durch Verteilung von Propagandamaterial und Zeitungen in den von den Gewerkschaften bereitgestellten Zügen und an der Demonstration selbst. Dies galt es alles zu dokumentieren und auf den sozialen Medien zu teilen.

### Rückgang der Kaufkraft

Der Rückgang der Kaufkraft wurde durch drei Ursachen erklärt: gegenwärtiger Anstieg der Inflation, Anstieg der Gesundheitsprämien und durch Spekulation resultierende Zunahme des Wohnbaus. Also nicht nur der Ukraine-Krieg und wie die Monopole davon profitieren, sondern weitere parallele Prozesse des gegenwärtigen Kapitalismus werden gemeinsam verantwortlich gemacht. Es gab dazu eine Debatte, welche Güter eigentlich essenziell sind, sodass Preiskontrollen oder Preisstabilisierungsprogramme nach vietnamesischem Vorbild sinnvoll eingeführt werden können. Der Bezug des Gesundheitswesens und Spekulation mit den Pensionskassen wurde auch diskutiert und welche Klassen in dieser Frage – neben den Arbeiter:innen – betroffen sind.

### Aufnahme der Sektion Aargau

Das starke Engagement der neuen Sektion wurde gelobt und die Annahme einstimmig angenommen. Die nationale Partei wird die Aargauer Sektion in ihrer Integration begleiten.

den  
 vorwärts.ch/abo  
 vorwärts  
 oder auch  
 kannst  
 deinen freundinnen  
 du dir  
 und kollegen  
 schenken

# Verkürzung der Arbeitszeit

**Das Zentralkomitee der PdAS hat an seiner Sitzung vom 22. Mai eine Resolution verabschiedet, die eher den Titel «Arbeitspapier» verdient und die sich mit der «Verkürzung der Arbeitszeit» befasst. Im Folgenden eine Zusammenfassung dieses Textes. Das Original kann in voller Länge auf der Homepage der PdAS nachgelesen werden.**

Zuerst wurde an einige grundlegende, theoretische Konzepte erinnert. Entgegen den Kritiker:innen des Marxismus, die meinen, ein Proletariat, eine Arbeiter:innenklasse, existiere nicht mehr, wird festgehalten, dass die Klasse der Lohnabhängigen, der Menschen, die ihre Arbeitskraft (Körperkraft und intellektuelle Fähigkeiten) verkaufen, noch nie so zahlreich war wie heute. Drei Variablen definieren die Lohnarbeit: Die Arbeitskraft, die Arbeitsmenge und die aufgewendete Arbeitszeit. Diese Variablen bestimmen den Lohn, die die Arbeiter:innen dafür erhalten. Nach der marxistischen Mehrwerttheorie ist die Zeit die Masseneinheit der Arbeit und bestimmt den Preis der produzierten Waren. Die Arbeitnehmenden arbeiten immer länger, als es für die Reproduktion ihrer eigenen Arbeitszeit notwendig ist, sie erbringen also dem Arbeitgeber einen Mehrwert. Das Interesse der Arbeitgebenden läuft also auf eine möglichst lange Arbeitszeit hinaus.

## Ein Blick in die Geschichte

Als die Arbeiter:innenbewegung begann, für eine Kürzung der Arbeitszeit zu kämpfen, sah sie sich konfrontiert mit verschiedenen Masseneinheiten: Lebensarbeitszeit, Jahresarbeitszeit, Monatsarbeitszeit, Wochenarbeitszeit und Tagesarbeitszeit. Zu den ersten Forderungen der Internationalen Arbeiterassoziation (Erste Internationale) gehörte die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag (6 x 8 = 48 Wochenstunden). Höchstarbeitszeiten damals: 16 Stunden an sieben Tagen pro Woche! Auch die von Marxist:innen gegründete zweite Internationale hatte als eine der Hauptforderungen den 8-Stunden-Tag.

In der Schweiz wurden erst mit dem ersten Arbeitsgesetz von 1877 die Arbeitszeiten gesetzlich reguliert. Gesetzlich festgehalten wurde eine Höchstarbeitszeit von 11 Stunden pro Tag (10 Stunden am Samstag), was einer Arbeitszeit von 65 Stunden pro Woche entspricht. 1909 erreichten die Arbeiter:innen im Buchdruck erstmals den 8-Stunden-Tag (6 x 8 Stunden = 48 Stunden). Als Folge des Landesstreikes von 1918 wurde mit der Revision des Arbeitsgesetzes von 1919 eine Hauptforderung des Landesstreikes erfüllt, der 8 Stunden-Tag wurde eingeführt (48 Wochenstunden).

Eine Volksinitiative des Landesrings der Unabhängigen, der vom Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler geführten Partei, forderte die 44-Stun-

den-Woche. Diese wurde an der Urne 1958 klar abgelehnt, vor allem auch, weil der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die Initiative ablehnte. Er bevorzugte Verhandlungslösungen und Gesamtarbeitsverträge (GAVs) in den einzelnen Branchen.

Wenige Jahre später erarbeitete das Parlament ein neues Arbeitsgesetz, das für Fabriken, Büros und Geschäfte eine Höchstgrenze von 46 Stunden vorsah, die der Bundesrat etwa 10 Jahre später auf 45 Stunden senkte. Für andere Berufe gilt eine Höchstgrenze von 50 Stunden. Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Sektoriell und in einigen Gesamtarbeitsverträgen wurde die 40-Stunden-Woche eingeführt, andere Verträge brachten 41 und 42-Stunden Wochen.

## 72-Stunden-Woche

In der Schweiz wird der Arbeitsvertrag durch das Obligationenrecht (OR) geregelt. Dieses verpflichtet den Arbeitgeber:innen nicht einmal, die Arbeitszeit zu bezahlen und erlaubt auch heute noch Akkordarbeit und Bezahlung in Naturalien. Die Regelung der Arbeitszeit ist im Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (ArG) und in den entsprechenden Verordnungen des Bundesrates festgelegt. Darüber hinaus gibt es spezielle Gesetze für die öffentlichen Verkehrsbetriebe, Unternehmen des Güterverkehrs, die Bundesverwaltung



und das Personal der Postdienste. Das Bundesgesetz über die Arbeit sieht auch die Möglichkeit vor, Überstunden im Umfang von vier Stunden pro Woche zu leisten, für die man einen Zuschlag von 25 Prozent erhält, sobald 60 Überstunden im Jahr überschritten werden, wenn diese nicht innerhalb von 14 Wochen mit derselben Zeit ausgeglichen werden. Überstunden kosten also nicht mehr als normale Arbeitszeit. Verschiedene Ausnahmen erlauben in der Schweiz grundsätzlich eine 72-Stunden-Woche! In Branchen wie in der Landwirtschaft und in anderen Branchen ohne Gesamtarbeitsvertrag werden regelmässig und unregelmässig bis zu 12 Stunden pro Tag gearbeitet!

### Extreme Flexibilität

Wird in individuellen Arbeitsverträgen die 40-Stunden-Woche festgeschrieben, so werden die geleisteten Überstunden erst dann mit einem Zuschlag vergütet, wenn die festgelegte Höchstgrenze der Wochenarbeitszeit erreicht ist und sich 60 unbezahlte Stunden angesammelt haben. Mit anderen Worten: Die festgelegte Arbeitszeit von 40-Wochen-Stunden wird praktisch bedeutungslos. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Arbeitszeitregelung in der Schweiz für die Lohnabhängigen sehr mangelhaft und für die Betriebe günstig ist. Da sind einmal die Grenzen von 45 bis 50 Stunden ohnehin schon hoch, vor allem im Vergleich mit den Nachbarländern, in denen die 40- oder die 35-Stunden-Woche schon lange Realität ist. Auch die Lebensarbeitszeit gehört in unserem Lande zu den längsten der Welt und der gesetzliche Anspruch auf bezahlten Urlaub ist gering.

Die extreme Flexibilität, die in den verschiedenen Gesetzen vorgesehen ist, gibt den Betrieben einen grossen Spielraum, um die Arbeitszeit so weit wie möglich nach den Bedürfnissen der Unternehmen zu verlängern. Darüber hinaus erschweren die Komplexität, die Ausnahmeregelungen und die Abweichungen die Überwachung der korrekten Anwendung der wenigen festgelegten Rechte, wodurch dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet wird.

### Arbeit auf Abruf

Wohlverstanden, wir sprechen hier von den ungenügenden gesetzlichen Grundlagen. Die Realität ist oft weniger problematisch, da in den Gesamt-

arbeitsverträgen meist für das Personal bessere Lösungen stipuliert werden. Speziell problematisch ist ein wichtiger Aspekt des Arbeitsrechtes, das die Möglichkeit offenlässt, jemanden ohne eine garantierte Mindeststundenzahl zu beschäftigen, was die Türe zur Prekarität öffnet. Daraus ergibt sich dann eine «Arbeit auf Abruf», was eine Planung des Lebens selbst in der Freizeit nicht möglich macht, da man nie weiss, wann man arbeiten muss und wann Feierabend sein wird. Unter dem Vorwand der Anpassung des Arbeitsgesetzes an die Gegebenheiten des Homeoffice wird dieser Trend noch verstärkt. E-Mails etwa sollen rund um die Uhr bearbeitet werden! Auch sollen die vorgeschriebenen Ruhezeiten zwischen den Arbeitsschichten verkürzt werden. Dies würde dann allerdings nicht nur die Kader der Betriebe betreffen, sondern auch jede andere Arbeitskraft, für die man innerhalb von 24 Stunden zwei Arbeitsschichten in der Fabrik einplanen könnte.

### Verbesserung der Lebensqualität

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitskraft ist von ausserordentlicher Bedeutung. Dies zum Ersten, weil eine Senkung der Arbeitszeit eine bessere Verteilung der Arbeit auf alle ermöglicht. Bei der fortschreitenden Digitalisierung ist ja sicherlich mit Verlusten an Arbeitsplätzen zu rechnen. Jedem Menschen seinen Arbeitsplatz, ein Recht auf Arbeit, dies ist für die PdAS von herausragender Bedeutung. Zum Zweiten, weil eine Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Arbeitenden führt. Kürzere Lohnarbeitszeit wird zu einer Verringerung von ernsthaften körperlichen Gesundheitsproblemen und psychosozialen Krankheiten führen. Auch das Unfall- und Verletzungsrisiko dürfte sinken. Zum Dritten erlaubt eine Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Zeit in Familien- und Kinderbetreuung zu investieren. Auch die gerechtere Aufgabenteilung im Haushalt wäre möglich. Und viertens braucht der Mensch Zeit, um seinen Hobbys nachzugehen und am kulturellen Leben teilzunehmen. Dazu gehört auch ein politisches Engagement.

### Konkrete Forderungen

All diese Überlegungen führen uns zu einem ganzen Kranz von konkreten Forderungen, die mit den be-

troffenen Arbeitenden entwickelt werden müssen:

- 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmenden und dies ohne Erhöhung der Arbeitsintensität und ohne Lohnkürzungen
- 5-Tage-Woche für alle Kategorien
- Überstunden werden mit einem Zuschlag von 25 Prozent vergütet oder mit einem Zeitzuschlag von 25 Prozent ausgeglichen
- Der Zuschlag von 25 Prozent muss mit anderen Zuschlägen für Nachtschicht- und Sonntagsarbeit kumuliert werden
- 6 Wochen Urlaub
- Volle Rente ab 40 Beitragsjahren, bei schwerer körperlichen Arbeit nach 35 Beitragsjahren
- Abschaffung des Akkordlohnes und der Arbeit auf Abruf
- Verbot von Arbeitsverträgen ohne eine garantierte Mindestarbeitszeit
- Arbeitsunterbrechungen während des Tages von höchstens 1,5 Stunden
- Regulierung von Arbeitsplattformen wie Uber
- Planung der Arbeitsschichten mindestens 30 Tage im Voraus
- Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten mit einer Höchstdauer von 11 Stunden pro Tag, Verbot von Sonntagsöffnungen

Natürlich muss zusammen mit den Betroffenen eine Priorisierung dieser Forderungen erfolgen. Um die geplante Organisation einer politischen Parteikampagne in den Betrieben aufzubauen, müssen die Aktivist:innen der Partei zuerst die nötige Ausbildung erhalten, um die Arbeitnehmenden über ihre Rechte aufzuklären und unsere Vorschläge einzubringen. Auch diverse andere Voraussetzungen müssen zuerst noch erfüllt werden, bevor die Kampagne gestartet werden kann.

MARCO MEDICI

